

Die BRD – der einzige Staat ohne Verfassung?

Nach über 72 Jahren ist das Grundgesetz noch immer ein Provisorium

Mitunter wird der 23. Mai 1949 als Gründungsdatum der BRD betrachtet. An jenem Tag hat ein „Parlamentarischer Rat“ die Annahme eines Grundgesetzes durch Länderparlamente „festgestellt“. Auch der 7. September 1949, an dem der erste gewählte Bundestag zusammentrat, wird von einigen als Ausgangspunkt genommen.

In der 1990 durch den Anschluß der DDR größer gewordenen Bundesrepublik leben die Bürger – nach wie vor – lediglich unter einem Grundgesetz, erklärtermaßen einem Provisorium, nicht aber mit einer Verfassung. Es dürfte weltweit wohl kaum einen Staat geben, der keine Verfassung besitzt!

Warum ist das auch nach mehr als 72 Jahren noch immer so?

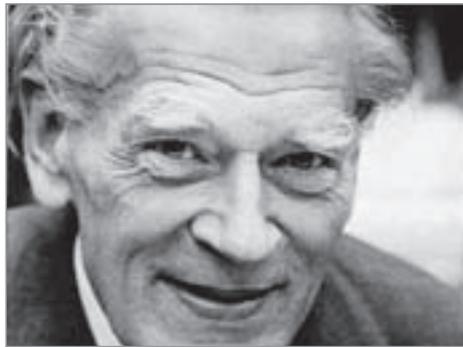
Bereits im September 1946 begannen verantwortungsbewußte Deutsche, darunter Juristen wie Prof. Dr. Peter Alfons Steiniger die Diskussion um eine neue gesamtdeutsche Verfassung. An der bis 1949 geführten Debatte nahmen Menschen aus ganz Deutschland in vielfältiger Form aktiv teil. Zum ersten Mal in seiner Geschichte kümmerte sich das deutsche Volk in großer Breite und auf demokratische Weise um das Werden seiner eigenen Verfassung. Im Oktober 1948 war der ausformulierte Entwurf vom durch Otto Grotewohl geleiteten Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates gutgeheißen und der gesamten Bevölkerung zur Stellungnahme unterbreitet worden. In den folgenden Monaten hatten Deutsche aus Ost und West in unzähligen Versammlungen der politischen Parteien, der Massenorganisationen sowie in Presse und Rundfunk, im Osten vor allem aber auch in den Betrieben, selbst das Wort ergriffen.

Am 29. Mai 1949 versammelten sich dann 1969 Delegierte aus allen Besatzungszonen in Berlin zum 3. Deutschen Volkskongreß, auf dem der vorgelegte Entwurf einer „Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik“ verabschiedet wurde. Dieser für eine gesamtdeutsche Republik gedachte Text war auf beispiellos demokratischem Wege zustande gekommen.

Nun ging es darum, ihn auch staatsrechtlich zur Verfassung einer das ganze Land umfassenden „Deutschen Demokratischen Republik“ zu machen. Die Deutschen in Ost und West wollten keine Spaltung ihres Landes, sondern engagierten sich für dessen Einheit. Sie forderten gesamtdeutsche freie Wahlen, einen Friedensvertrag mit Deutschland und den Abzug aller Besatzungstruppen. Das aber wurde durch die westlichen Alliierten, durch Adenauer und dessen Parteigänger verhindert. Diese wollten kein einheitliches demokratisches Deutschland, sondern lieber das „halbe Deutschland ganz“, wie es der Kanzler unumwunden formulierte.

Aus machtpolitischen Erwägungen, vor allem aber aus Angst vor „dem Kommunismus“ forcierten sie die Spaltung Deutschlands und die Bildung eines westdeutschen Separatstaates als Speerspitze der NATO gegen den Osten. Sie nahmen wesentlich einen Bruderkrieg in Kauf oder kalkuliertem ihn sogar ein.

Erinnern wir uns: Der maßgebliche Anteil der Roten Armee an der Niederwerfung des Hitlerfaschismus brachte der UdSSR



Der KPD-Vorsitzende Max Reimann stimmte im Parlamentarischen Rat gegen das GG und erklärte, der Tag werde kommen, an dem die Kommunisten das Grundgesetz gegen seine Befürworter verteidigen müßten.

einen enormen Prestigegewinn in der ganzen Welt ein. Die kommunistischen Parteien auch vieler Länder Westeuropas erlangten hohes Ansehen. In Frankreich, Italien und weiteren Staaten waren sie regierungsbeteiligt. In den durch Rotarmisten befreiten osteuropäischen Ländern sowie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands konnten Kommunisten bei der Gestaltung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse eine führende Rolle übernehmen. In Ostasien gelang es der durch Mao Zedong geführten Volksbefreiungsarmee, nach der Vertreibung der japanischen Okkupanten die Macht zu erobern.

In dieser Nachkriegsentwicklung sahen die imperialistischen Staaten des Westens, besonders die USA, aber auch die durch Hitlerdeutschlands Niederlage zwar geschwächten, aber nicht entmachteten Monopolherren Westdeutschlands eine erhebliche Bedrohung, die sie den Bürgern als Schreckgespenst der „roten Gefahr“ einzureden bemüht waren.

Im eigenen politischen, ökonomischen und militärischen Herrschaftsinteresse wollten sie dieser Entwicklung um jeden Preis Einhalt gebieten.

Dabei war durchaus auch an Krieg gegen die Sowjetunion gedacht, zumal die USA mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki waffentechnische Stärke demonstriert und de facto den Kalten Krieg eröffnet hatten. Ein heißer Krieg war damals nicht fern!

Nach Churchills Fulton-Rede, die offiziell als Auftakt des Kalten Krieges bewertet wird, waren die USA, ihre Verbündeten und gleichgesinnte Kräfte in Westdeutschland entschlossen, die progressive Entwicklung in Osteuropa abzublocken.

Vor allem Westdeutschland als mächtige kapitalistische Wirtschaftsmacht mußte vor dem „Kommunismus“ bewahrt, aber auch als militärisches Potential für einen ins Kalkül zu ziehenden Krieg gegen die Sowjetunion erhalten und gestärkt werden. Ausgangspunkt dafür war die 1954 erfolgte Eingliederung der BRD in die NATO.

Da der Einsatz militärischer Mittel aus weltpolitischen Gründen so kurz nach dem Sieg über Hitlerdeutschland in Europa nicht angezeigt war, griff das Monopolkapital zu seiner Standardwaffe, zum Geld. Mitte 1947 hatten sich die USA unter Bruch des Potsdamer Abkommens entschieden, in Westdeutschland eine separate Währungsreform durchzuführen, um damit die finanzpolitischen Voraussetzungen für eine mächtige Kapitalspritze in Gestalt des Marshallplans zu schaffen. Am 5. Juni 1947 war durch US-Außenminister Marshall dessen Projekt in einer Rede an der Harvard-Universität als „Wiederaufbauhilfe für Europa“ vorgestellt worden. Auf der Pariser Konferenz (12. Juli bis 22. September 1947) wurde die Einbeziehung Westdeutschlands in diese Finanzoperation festgelegt.

Die am 20. Juni 1948 von den Westalliierten durchgeführte separate Währungsreform bezog unter Bruch des Völkerrechts auch Westberlin ein. Eine unmittelbare Folge war dann die von den imperialistischen Mächten verursachte sogenannte Berlin-Krise und die „Luftbrücke“ mit dem militärisch-logistische Manöverfunktionen erfüllenden Einsatz von US-Militärflugzeugen zur „Entsetzung“ Westberlins.

Die separate Währungsreform war der erste durchschlagende Schritt zur Spaltung Deutschlands. Es folgte bald darauf die langfristig vorbereitete politische Teilung Deutschlands. Am 1. Januar 1947 trat ein zwischen den Außenministern der USA und Großbritanniens bereits am 2. Dezember 1946 (!) unterzeichnetes Abkommen über die Schaffung einer die amerikanische und die britische Zone umfassenden „Bi-Zone“ in Kraft. Dazu gehörte der am 29. 5. 1947 gebildete Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt/M. als eine Art vorläufiger westdeutscher Regierung.

Am 1. Juli 1948 verlangten die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen, General Lucius D. Clay, General Brian G. Robertson und General Pierre Koenig, von den Landesregierungen der elf westdeutschen Länder im sogenannten Frankfurter Dokument I die Einberufung einer

Verfassunggebenden Versammlung bis zum 1. 9. 1948. Die separate Währungsreform sowie die Ausarbeitung einer Verfassung bzw. eines Grundgesetzes und die Errichtung eines Separatstaates erfolgten ausnahmslos auf der Grundlage von Entscheidungen der westlichen Militärbefehlshaber. Die von diesen geforderte Verfassunggebende Versammlung sollte eine Konstitution für Westdeutschland ausarbeiten und verabschieden, um die vom Westen seit langem vorbereitete staatsrechtliche Spaltung Deutschlands zu vollziehen.

Die USA setzten das kraft ihrer militärischen Befehlsgewalt gegen den Willen der westdeutschen Länderregierungen durch, die anfangs noch alles vermeiden wollten, was die Spaltung zwischen West und Ost weiter hätte vertiefen können.

Am 1. September 1948 wurde in Bonn aus 65 Abgeordneten der westdeutschen Landtage ein sogenannter Parlamentarischer Rat als „Verfassungskonvent“ gebildet, zu dessen Vorsitzendem sich Adenauer als Ältester der Anwesenden erklärte.

Dieser Rat sollte ein vorläufiges „Grundgesetz“ für eine einheitliche Verwaltung Westdeutschlands ausarbeiten, „um dem staatlichen Leben während einer Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“, wie es später in der Präambel des Grundgesetzes hieß. Als Bezeichnung des Staates, für den dieser Entwurf gelten sollte, wurde der Name Bundesrepublik Deutschland gewählt, um damit gesamtdeutsche Ansprüche geltend zu machen.

Nach genereller Einigung mit den Alliierten wurde ein Sachverständigenausschuß berufen, der einen Entwurf in der Zeit vom 10. bis 23. August 1948 – also in weniger als zwei Wochen! – im bayerischen Königsschloß Herrenchiemsee zu Papier brachte. Am 2. März 1949 überreichten die drei westlichen Militärbefehlshaber ihre Stellungnahme zu dem Entwurf. In ihrem Genehmigungsschreiben vom 12. Mai bekräftigten sie dann erneut, daß Groß-Berlin nicht zum Bund gehöre. Am 14. Mai 1949 wurde das Besatzungsstatut für Berlin West erlassen, das – mit einigen Änderungen – bis 1990 galt. Am 8. Mai 1949 wurde der Entwurf aus Herrenchiemsee im Parlamentarischen Rat mit 53 gegen zwölf Stimmen angenommen, der bereits 15 Tage später „feststellte“, daß dieses Grundgesetz (GG) in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten deutschen Länder akzeptiert worden sei.

In dieser kurzen Zeit hatten die westdeutschen Landtage lediglich Gelegenheit, dem Grundgesetz zuzustimmen. Es gab für sie keine Alternative. Änderungen am Text waren ausgeschlossen. Art. 144 des GG sah ausdrücklich keine

Volksabstimmung oder einen Volksentscheid über dieses GG vor. Am 7. September 1949 trat der im August gewählte Bundestag zusammen.



Die Zonen-Befehlshaber der Westalliierten – hier die Generale Robertson und Clay – beaufsichtigen das Entstehen des Grundgesetzes.

An der Erarbeitung dieses Grundgesetzes hatte die Bevölkerung Westdeutschlands keinerlei Anteil. Sein Text kam auf beispiellos undemokratische Art und Weise zustande. Dessen sind sich die Verfassungsrechtler durchaus bewußt.



Blick in den Beratungssaal des Parlamentarischen Rates

Die in der Präambel formulierte Aussage, daß „sich das deutsche Volk kraft seiner verfassunggebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben“ habe, ist absolut unzutreffend. Es hat niemals eine Volksabstimmung oder eine andere Entscheidung des deutschen Volkes über das Grundgesetz gegeben.

An diesem unheilbaren Geburtsfehler krankt die Bundesrepublik bis heute! Wenn es in der Präambel des GG heißt, daß „auch für jene Deutschen gehandelt wurde, denen mitzuwirken versagt war“, so ist das eine dreiste Anmaßung! Die „Väter“ des Grundgesetzes, die sachverständigen Herren, die den Entwurf ausgearbeitet hatten, wie auch der Parlamentarische Rat und die westdeutschen Landtage sahen das GG stets als ein Provisorium an. Im Art. 146 ist juristisch unmißverständlich und verbindlich festgelegt worden: Das GG „verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die

von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Diesen Tag hat es nicht gegeben. Bis heute bleibt dem deutschen Volk verwehrt, in freier Entscheidung eine Verfassung zu beschließen.

Bei den Diskussionen im März und April 1990 ging es vor allem um die Frage, ob die Vereinigung nach dem für diesen Fall vorgesehenen Art. 146 GG oder auf der Grundlage von Art. 23 GG erfolgen solle.

Das GG hatte den Weg für den Fall der Vereinigung in der Präambel vorgegeben: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Diese Vollendung war somit – bereits im Jahre 1949 – in Gestalt des Artikels 146 eindeutig geregelt: Nach dem Wortlaut des GG gab es dazu keine Alternative, keinen Raum für die Erwägung einer anderen juristischen Form der Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands als über eine Volksabstimmung.

Dennoch wurde von der Bundesregierung und den sie unterstützenden politischen Kräften statt dessen unzulässigerweise

der Artikel 23 GG ins Spiel gebracht, der unter der Überschrift „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ einen Beitritt vorsieht. Auch ein Nichtjurist erkennt, daß Art. 23 GG einen ganz anderen Fall regelt.

Er war für Situationen wie den Beitritt des Saarlandes zum Bund (nach einer Volksabstimmung) am 23. 5. 1955 vorgesehen, wodurch dieses das 12. Bundesland wurde. Offensichtlich politische Gründe bewogen die Bundesregierung dazu, unter Bruch des Grundgesetzes den Artikel 23 ins Spiel zu bringen. So konnte die DDR am schnellsten und einfachsten vereinnahmt werden.

Dieser „Beitritt“ ist ein besonders eklatanter Beweis dafür, welcher Stellenwert im Rechtsstaat BRD dem Gesetzeswortlaut beigemessen wird, wenn er „der Politik“ im Wege steht.

Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

Lieber Erich,

wenn Du am 8. Februar Deinen 85. Geburtstag begehst, kannst Du auf ein beeindruckendes Lebenswerk zurückblicken. Als Nestor der DDR-Strafrechtswissenschaftler, mutiger Verteidiger von der BRD-Klassenjustiz angeklagter Antifaschisten, Autor relevanter Standardwerke und auch im „RotFuchs“ geschätzter Publizist, genießt Du auf Grund Deiner menschlichen und politischen Integrität bei Freunden und Genossen hohes Ansehen. Wir gratulieren Dir von ganzem Herzen!

Von Ribbentrop zu Adenauer

Schon 1961 entlarvte Otto Winzer die braune Brut im Bonner AA

Mit Interesse habe ich seinerzeit im „RotFuchs“ den Artikel gelesen, aus dem hervorging, daß die DDR schon 1965 Adenauers Auswärtiges Amt als Nazi-Stall entlarvt hat. Ich möchte ergänzend mitteilen: Bereits im September 1961 erschien „Von Ribbentrop zu Adenauer – Eine Dokumentation über das Bonner Auswärtige Amt“, die der damalige 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Staatssekretär Otto Winzer, dann am 13. Dezember 1961 auf einer internationalen Pressekonferenz im MfAA-Gebäude in der Berliner Luisenstraße der Öffentlichkeit vorstellte. Zur Erarbeitung der Dokumentation war eine Arbeitsgruppe gebildet worden, der Dr. Michael Kohl als Leiter der Rechtsabteilung, ich als seinerzeitiger Leiter der Abteilung BRD und weitere Mitarbeiter des MfAA angehörten.

Genosse Winzer erklärte vor den Journalisten vieler Länder am Beginn der Zusammenkunft: „Wir haben Sie eingeladen, um Ihnen eine ziemlich umfangreiche Dokumentation über das Bonner Auswärtige Amt, belegt durch zahlreiche Photokopien, zu überreichen. Sie beweist überzeugend und erschütternd, daß maßgebliche, kriegsschuldbeladene Diplomaten Hitlers und Ribbentrops heute entscheidende Positionen des Bonner Auswärtigen Amtes innehaben. Allein diese Tatsache ist ein Alarmsignal für die Völker Europas und der Welt ...“

Otto Winzer fuhr fort: „Die Untersuchung einiger Grundelemente der revanchistischen Außenpolitik der Bonner Regierung läßt auch die Ursachen erkennen, warum in ihrem Auswärtigen Amt und ihren Auslandsvertretungen die Nazi-Diplomaten und bereits erprobte Agenten des Gehlen-Geheimdienstes führende Positionen innehaben. Als Ausgangspunkt möchte ich eine Weltherrschaftsvision nehmen, die der heutige Bonner Botschafter bei der Kennedy-Regierung, Wilhelm Grewe, im ‚Jahrbuch der Weltpolitik 1942‘ veröffentlichte. Für Grewe waren Hitlers Raubzüge gegen die Völker Europas nur ‚eine europäische Raumrevolution‘. Am heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion und seiner barbarischen Kriegsführung entzündete sich Grewes imperialistische Phantasie: ‚Der revolutionäre Prozeß der europäischen Umgestaltung hat damit Dimensionen angenommen, die alles Bisherige übersteigen. ... Eine ungeheure Anspannung aller Kräfte wird notwendig sein, um diesen Raum zu bezwingen. Ist er bezwungen, so ist zugleich die Entscheidung im weltpolitischen Ringen mit der angelsächsischen Welt zu unseren Gunsten entschieden.‘

Grewe war nicht umsonst seit dem 1. September 1939 Leiter des Völkerrechtsreferats

in der ‚Deutschen Informationsstelle des Auswärtigen Amtes‘, einer Spionage- und Auslandspropagandazentrale des Herrn Ribbentrop. Er informierte auf seine Weise die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus. Nach der geplanten Okkupation Georgiens sollten in Tiflis Hitlersche



Joachim von Ribbentrop in der Uniform eines SS-Führers

Marionettenregierungen für den Irak, für Groß-Syrien und Iran eingesetzt werden. Ziele des Vormarsches deutscher Truppen im arabischen Raum sollten der Suezkanal und der Persische Golf sein. Das also war der reale Hintergrund von Grewes Vision, durch den Sieg über die Sowjetunion auch den globalen politischen Sieg über die angelsächsische Welt, also die Weltherrschaft des faschistischen deutschen Imperialismus auch über die USA und Großbritannien zu erringen. Sein Haß gegen die Sowjetunion rührt nicht zuletzt daher, daß diese Pläne durch Moskau an der Wolga und im Kaukasus zerschlagen wurden. Es waren die Truppen der Sowjetarmee, die die Völker des arabischen Raumes und Indiens, aber auch die Völker der angelsächsischen Welt davor gerettet haben, der Sklavenherrschaft des deutschen Imperialismus zu verfallen.“

Otto Winzer fügte dem hinzu: „Die heute im Dienst der Bonner Regierung stehenden Nazi-Diplomaten können auch von der Verantwortung für die heimtückische Vorbereitung und grausame Durchführung von Hitlers Kriegen sowie der Verantwortung für die an Millionen Kriegsgefangenen und ausländischen Bürgern verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht

freigesprochen werden. Das hat sogar das amerikanische Militärgericht festgestellt, das im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß zu dem Schluß kam, daß der Erfolg der mannigfaltigen, ausgeklügelten und komplizierten Programme Hitlers im wesentlichen auf der Hingabe und Geschicklichkeit der Diplomaten beruhte. Die von uns vorgelegte Dokumentation bringt hierfür vielfältige Beweise, enthält Angaben und Dokumente über 185 ehemalige Nazidiplomaten, die heute in Bonner Diensten stehen. Von 12 Leitungsmitgliedern des Auswärtigen Amtes waren 8 eng mit der Kolonialpolitik Hitlerdeutschlands verbunden. So z. B. der heutige Bonner Botschafter in London Hasso von Etzdorf. Als Vortragender Legationsrat wurde er Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes beim Generalstab des Oberkommandos des Heeres und zum Gehlen-Geheimdienst ‚Fremde Heere Ost‘. In dieser besonderen Vertrauensstellung war Etzdorf unmittelbar an der Vorbereitung und Durchführung von Kriegsverbrechen beteiligt. Er war auch Mitverfasser der Pläne, nach denen Französisch-Äquatorialafrika, Nigeria, Ghana, Dahomey, Französisch- und Belgisch-Kongo, Uganda, ein Teil Kenias, Sansibar und die ehemaligen deutschen Kolonien in den Besitz des deutschen Imperialismus übergehen sollten. Wahrhaftig, in jeder Beziehung ein würdiger Botschafter der Bonner Regierung, die heute der ausgesprochenste Verfechter des Neokolonialismus ist.

Von den 23 westdeutschen Botschaften oder Gesandtschaften auf dem amerikanischen Kontinent werden – Grewe eingeschlossen – 20 von aktiven Nazis oder Diplomaten des 3. Reiches geleitet. Davon sind in den südamerikanischen Staaten einige die direkten Nachlassverwalter Hitlers, Himmlers und Ribbentrops – wie der Fall Eichmann zur Genüge bewiesen hat – stationiert.

In der Dokumentation wird nachgewiesen, daß das Ribbentropsche Auswärtige Amt in Zusammenarbeit mit den Spionagediensten des Reichssicherheitshauptamtes, des berüchtigten SD, und des Oberkommandos der Wehrmacht in aller Welt ein Agentennetz schuf. Es hatte die Aufgabe, in anderen Ländern Zersetzungsarbeit zu leisten, Spionagematerial zusammenzutragen, faschistische Aggressionen vorzubereiten oder deren Durchführung zu unterstützen. In einem als ‚Geheime Reichssache‘ gekennzeichneten Vermerk von Botschafter Ritter wird unter dem Datum des 11. September 1941 die generelle Entscheidung Ribbentrops mitgeteilt, Angehörige der Abwehr und Spionage in den Diensten des Auswärtigen Amtes einzustellen. Um nur ein Beispiel aus den vielen Materialien der Dokumentation zu nennen: Der heutige Generalkonsul Bonns in São

Paulo, Gottfried von Nostitz-Drzewiecky, wurde 1945 als Chefagent der Hitlerspionage vom Schweizer Bundesrat ausgewiesen. Am Aufbau dieses Spionage- und Agentennetzes war der ehemalige Bonner Botschafter in Indien, Dr. Melchers, maßgeblich beteiligt.

Heute führen Bonns Diplomaten diese der Souveränität ihrer Gastländer hohnsprechende Spionagetätigkeit weiter. Die Auftraggeber sind die gleichen, die menschlichen Werkzeuge ebenfalls und auch die Ziele sind im Grunde dieselben geblieben. An der Spitze der Spionage- und Diversionstätigkeit steht der Leiter des Bundesnachrichtendienstes, Hitler-General Reinhard Gehlen. Auslandsagenten bedienen sich der verschiedensten Tarnungen, vom diplomatischen und konsularischen Dienst bis zum Bonner ‚Goethe-Institut‘, das im Ausland unter dem Deckmantel kultureller Bildungstätigkeit arbeitet.“

Otto Winzer erklärte vor der internationalen Presse: „Auf ein letztes Problem möchte ich noch eingehen, und zwar auf die Mitverantwortung und Mitschuld, die das faschistische Auswärtige Amt und viele heutige Bonner Diplomaten für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu tragen haben. Zwar führten die Nazi-Diplomaten die Massenmorde, Deportationen und Folterungen nicht mit eigener Hand aus, sie waren aber Mitwisser und Mittäter bei deren Vorbereitung, lieferten verlogene Rechtfertigungen oder verbargen sie durch entstellte Berichte oder Falschmeldungen vor den Regierungen und Völkern der Staaten, in denen sie akkreditiert waren. Den Vogel schoß dabei der heutige Botschafter in Washington, Wilhelm Grewe, ab. Er lehnte die Forderung der Sowjetregierung, die Haager Landkriegsordnung und das Genfer Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen sowie das Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen zu beachten, höhnisch ab. Grewe stellte den Nazi-Henkern einen Freibrief für die Mißhandlung und Ermordung Hunderttausender wehrloser sowjetischer Kriegsgefangener und verschleppter Sowjetbürger aus, indem er im September 1941 in der ‚Völkerrechtlichen Umschau‘ der ‚Monatshefte für auswärtige Politik‘ schrieb: ‚Dieser Krieg (gemeint war der verbrecherische Überfall auf die Sowjetunion – J. M.) läßt sich in der Tat nicht mehr in die Kategorien des auf den nationalen Staatenkrieg zugeschnittenen überlieferten Kriegs- und Neutralitätsrechts einordnen.‘

Unsere Dokumentation beweist, daß die Befehlshaber der Hitlerwehrmacht in den okkupierten Ländern die Geiselschließungen und Deportationen mit Wissen und Zustimmung des Auswärtigen Amtes und seiner Auslandsvertretungen vorgenommen haben. Der derzeitige

Bonner Botschafter in Bagdad, Werner von Barga, teilte dem Auswärtigen Amt am 7. Oktober 1942 die ‚Verhaftung von



Ribbentrop (Bildmitte) als Angeklagter zwischen Heß, Göring und Keitel im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor der Verurteilung zum Tode

50 angesehenen Brüsseler Bürgern als Geiseln‘ mit. Am 1. Dezember 1942 meldete er, daß 10 belgische Patrioten als Geiseln erschossen wurden. Am 5. Januar 1943 berichtete Barga, daß in Brüssel, Antwerpen und Lüttich ‚strenge Vergeltungsmaßregeln angeordnet‘ wurden. Ab Anfang 1944 arbeitete Barga in gleicher Weise als Geschäftsträger in Paris mit den Mordschergen der Gestapo und der SS Hand in Hand.



Konrad Adenauer mit seiner grauen Eminenz: dem Kommentator der Nürnberger Rassengesetze und Staatssekretär der Bonner Regierung Dr. Hans Globke

Der Bonner Botschafter in Santiago de Chile, Dr. Hans Strack, war damals als Vortragender Legationsrat Leiter des für die besetzten Gebiete Frankreichs, Belgiens und der Niederlande zuständigen Referates II der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Er hatte von den Nazi-Verbrechen in diesen Ländern nicht nur Kenntnis, sondern gab obendrein detaillierte Anweisungen, in welcher Form die Vertreter des Auswärtigen Amtes diese Verbrechen propagandistisch gegen den Freiheitskampf der Völker auswerten sollten. Der gegenwärtige Botschafter Dr. Weber telegraphierte am 1. Oktober 1941 aus

Ribbentrops Sonderzug eine Anweisung zur Deportation von 8000 jugoslawischen Juden in die Vernichtungslager. Über die umfassende und aktive Mitwirkung des Auswärtigen Amtes an der Judenvernichtung geben vor allem drei Grundsatzpapiere Auskunft.

In der Dokumentation finden Sie Beweise dafür, daß die heutigen Botschafter Dr. Karl Werkmeister, Dr. Hans Schwarzmann, Brunhoff, Dr. Mohr, Dr. Klaibor und andere als Diplomaten Ribbentrops ihren Beitrag zur sogenannten Endlösung der Judenfrage, diesem millionenfachen Mord, geleistet haben. Bei einer Regierung, in deren Kanzleramt der Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Dr. Hans Globke, als Staatssekretär tätig ist, kann das allerdings kaum wunder nehmen. Die Frage ist nur, wie lange sich die Staaten, bei denen die mit solcher Schuld beladenen Bonner Diplomaten akkreditiert sind, das bieten

lassen werden.“ Otto Winzer erklärte abschließend: „Wenn wir Ihnen, meine Damen und Herren, und durch Sie der Weltöffentlichkeit das entlarvende Material über die verbrecherische Tätigkeit der Diplomatie des faschistischen deutschen Imperialismus unterbreiten, dann tun wir das nicht aus Freude am Schmutzaufwirbeln. Wir tun es aus dem Gefühl tiefster Verantwortung heraus, die wir für die deutsche Nation und den Frieden der Welt empfinden. Die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik sind eben kämpfende Antifaschisten und Verteidiger des Friedens. Sie unterscheiden sich dadurch von all denen, die in Westdeutschland so viel und so gerne von der unbewältigten Vergangenheit reden, aber nichts dafür tun, daß die Revanchepolitik des deutschen Imperialismus wirklich der Vergangenheit angehört.

Die Deutsche Demokratische Republik betreibt dem westdeutschen Staat gegenüber eine Politik, die auf friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten und Sicherung des Friedens in Europa gerichtet ist. Wir verfolgen keine territorialen Eroberungsziele und stellen keine Forderungen auf Änderung der bestehenden Grenzen. Wir haben auch nicht die Absicht, unsere Wirtschaftsordnung der westdeutschen Bevölkerung aufzuzwingen. Einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten steht also nur die Revanche- und Eroberungspolitik des westdeutschen Imperialismus entgegen. Indem wir die diplomatischen Träger dieser imperialistischen Politik als das zeigen, was sie wirklich sind, dienen wir der Verständigung des deutschen Volkes und der Sicherung des Friedens für alle Völker.“ So weit Auszüge aus der denkwürdigen Erklärung Otto Winzers.

Zusammengestellt und übermittelt von Botschafter a. D. Dr. Joachim Mitdank